

„Das Vertrauen in die Koalition ist gleich Null“

CDU-Mittelstandsvereinigung und -Kreisverbände diskutieren in Bad Waldsee – Zuhörer kritisieren Bundesregierung

Von Sabine Ziegler

BAD WALDSEE - Politik und Wirklichkeit klaffen nach Meinung vieler Wähler auseinander. Aus diesem Grund haben die CDU-Kreisverbände Biberach und Ravensburg eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Politik trifft Realität“ aus der Taufe gehoben. Zum Auftakt gab es am Donnerstag im Waldseer Golf- und Vitalpark eine Diskussionsrunde, bei der Unternehmer Mandatsträgern auf den Zahn fühlten. Angefragt waren alle Parteien, zugesagt haben nur drei. Moderiert hat die morgendliche Runde Oswald Metzger. Themen waren die Steuerpolitik, die Energiewende und die Infrastruktur im Raum Oberschwaben-Bodensee.

Gut 60 Firmenchefs haben den Ausführungen der Bundestagsabgeordneten Thomas Bareiß (CDU), Dr. Andreas Schockenhoff (CDU) und Hartfrid Wolff (FDP) gelauscht, die sich mehrfach für die Beschlüsse der Regierungskoalition rechtfertigen mussten. „Man konnte von Herbert Wehner denken was man mochte, aber im Gegensatz zu heutigen Politikern hat er geradlinig seine Meinung vertreten und ist nicht umgekippt“, stellte Thomas Handtmann, Unternehmer aus Biberach, kritisch fest. Und fügte hinzu: „Das Vertrauen in die Koalition ist gleich Null und das ist schade.“ Großer Beifall im Saal.

Verbindende Meinung im Publikum war nach gut zwei Stunden Diskussion folgende: Was „die da oben“ in Berlin debattieren und in Gesetze verpacken, ist nicht immer im Sinne von Wirtschaft und Mittelstand. Wolfgang Habisreutinger, Holzgroßhändler aus Weingarten und CDU-Kreisvorsitzender (Ravensburg), sowie Armin Schneider, Rechts- und Steuerexperte aus Biberach und



IHK-Präsident Heinrich Grieshaber (rechts) würde sich auch mit dem dreispurigen Ausbau der Bundesstraßen B31/B30 zufrieden geben, Hauptsache, es gehe voran. Mit auf dem Foto sind (von links) die Abgeordneten Thomas Bareiß, Dr. Andreas Schockenhoff, Moderator Oswald Metzger und Hartfrid Wolff.

FOTO: ROLF SCHULTES

CDU-Kreisvorsitzender (Biberach), bemängelten die Steuerpolitik und forderten höhere Gerechtigkeit für Unternehmen wie Beschäftigte ein, die beide unter der Abgabenlast litten.

Angst vor Stromausfall

Beim Thema „Energiewende“ empfahl Reiner Priebe, Unternehmensberater aus Bad Waldsee, den Firmen einen „Energimix“ und den Einsatz von Blockheizkraftwerken. Im Anschluss daran positionierte sich Thomas Handtmann, Unternehmer aus Biberach. Für ihn, der 2600 Mitarbeiter beschäftigt und in der Gießerei des Werkes eine Stromrechnung von neun Millionen Euro zu begleichen hat, ist trotz Fukushima „zentral, dass wir Unternehmen Versorgungssicherheit haben, weil die Angst vor Stromausfall riesengroß ist und für Firmen mit unserem Profil existenzbedrohend wäre“.

Am Applaus war abzulesen, dass dies den Mittelstand derzeit gewaltig umtreibt. Für Dr. Andreas Schockenhoff steht außer Zweifel, dass die „Energiesicherheit“ ein bedeutender Standortfaktor ist für Firmen. Und Thomas Bareiß meinte: „Wir müssen europäisch denken und dürfen nicht glauben, dass wir bei der Energiezulieferung andere Länder nicht benötigen.“

Die mangelhafte Infrastruktur in der Region (B30/B31/Südbahn) wurde ebenfalls moniert. Heinrich Grieshaber, Präsident der IHK Bodensee-Oberschwaben und Vorstand der Grieshaber Logistik AG, verlangte erneut eine Verbesserung der Verkehrswege. „Uns reicht ein dreispuriger Ausbau der Straßen, wenn das Geld nicht reicht. Wir brauchen nicht den teuersten Belag und Schallmauern, aber der Verkehr muss rollen, damit die Ware schnell zum Kunden kommt.“ Man brauche

keine sieben Millionen Euro ausgeben für einen Kilometer Bundesstraße, wie für die B 31 prognostiziert worden sei.

Dr. Andreas Schockenhoff sicherte zu, dass Ende 2012 „allen anderen Gerüchten“ zum Trotz mit der Elektrifizierung der Südbahn begonnen und diese Ende 2015 fertiggestellt werde. Für den Straßenbau rät er zu neuen Formen der Finanzierung (Stichwort: Maut), was der B30-Umgehung Gaisbeuren-Enzisreute zugute käme: „Sie ist noch nicht im Bundesverkehrswegeplan und könnte daher mit dem F-Modell gemäß Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz sofort begonnen werden.“

Auch wenn sich Publikum und Podium in mehreren Punkten nicht einig waren, schienen beide Seiten dennoch froh gewesen zu sein, dass man auch außerhalb eines Wahlkampfes wieder einmal miteinander gesprochen hat.